

U.S. MIDTERM ELECTIONS 2006

WOCHENRÜCKBLICK
15. BIS 21. OKTOBER 2006

AUSGABE 9
25. OKTOBER 2006

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Fundraising	1-2
Consequences	2-3
R - GOTV	4
D - Battlegrounds	4
Iraq - Cut & Run?	5
Baywatch & Scandals	5-6

Got some change for me?

Drei Wochen vor den Zwischenwahlen werden die Demokraten von Finanznöten geplagt, während die Republikaner zwar die finanziellen Mittel, aber dafür immer mehr in Skandalen verfangene Kandidaten haben. Auch wenn die meisten Beobachter den Republikanern das Abgeordnetenhaus absprechen und den Demokraten sehr gute Chancen auch für die Übernahme des Senates prognostizieren, so bleiben sowohl Bush als auch Rove in ihrer Zuversicht unbetäubt, ihre Mehrheiten zu verteidigen.

Money makes the politics go around

Zum ersten Mal seit 1994 muss sich die Republikanische Führungsriege ernsthaft überlegen, welche Kandidaten sie mit Aussicht auf Erfolg finanziell unterstützen kann. Bereits in der letzten Woche konzentrierten sich die Republikaner stärker auf den Wahlkampf um die drei Senatsposten von Missouri, Ohio und Tennessee, um wenigstens eine Ein-Stimmen Mehrheit im Senat zu halten, nachdem sie bisher 55 der 100 Senatoren stellten.

Auch nachdem die Republikaner \$14,1 Millionen für den Wahlkampf in den drei Staaten ausgegeben haben, davon allein \$8 Millionen in Ohio, liegen ihre Kandidaten immernoch hinter ihren Demokratischen Gegnern zurück.

Unter Druck stehende Republikanische Senatoren wie Montanas Conrad Burns und Pennsylvanias Rick Santorum erhalten von ihrer Partei daher momentan nur noch Unterstützung für die von den Demokraten "gefürchteten" Wahlbeteiligungserhöhungsmaßnahmen.[1]

Auch wenn die meisten der amtierenden Republikanischen Senatoren und

Abgeordneten in heiss umkämpften Wahlbezirken immernoch über mehr finanzielle Mittel als ihre Demokratischen Gegner verfügen, konnten diese in den letzten drei Monaten an Boden gewinnen. Zwischen Juli und September konnten die Demokratischen Senatskandidaten für Virginia, Missouri und Pennsylvania mehr Spenden eintreiben als die amtierenden Republikanischen Senatoren. Virginias Republikanischer Amtsinhaber zum Beispiel, Senator Allen, erhielt Spenden in Höhe von nur \$1,94 Millionen, im Unterschied zu seinem Demokratischen Herausforderer Jim Webb, der Eingänge von \$3,3 Millionen verzeichnen konnte.[2]

Im Kampf um das Abgeordnetenhaus ist die Situation ähnlich. Fast die Hälfte der 27 Demokratischen Kandidaten in hart umkämpften Wahlbezirken konnte mehr Spenden einwerben, als ihre Republikanischen Kontrahenten, was die Republikanische Partei veranlasste, ihre eigenen Ausgaben in allen 27 Bezirken stark zu erhöhen.[3] Stuart

Rothenberg interpretierte das als positives Zeichen für die Demokraten, da im späten Wahlkampf die Spenden meistens an den Favoriten gehen: "the smell of Democratic victory is in the air."

Mittlerweile zählt das National Republican Congressional Committee (NRCC) 18 Wahlkämpfe, in die es mehr als \$1 Million investiert hat. Zwei weitere Rennen liegen knapp unter der Marke von \$1 Million, wobei 19 dieser insgesamt 20 "wahlkampfkostenintensiven" Abgeordnetensitze vorher von Republikanern gehalten wurden. Der bisher teuerste Wahlkampf für das NRCC in diesem Zyklus ist das \$2,35 Millionen teure Rennen um den ehemaligen Abgeordnetensessel von Bob Ney in Ohio, der wegen Korruption bereits verurteilt wurde und nächstes Jahr ins Gefängnis gehen wird. Der zweitteuerste Wahlbezirk liegt momentan in Pennsylvania, wo das NRCC \$2,24 Millionen für Jim Gerlachs Wiederwahl beigesteuert hat.[4]

Money makes the politics go around

Die *Washington Post* warnt jedoch, daß die amtierenden Republikanischen Abgeordneten in hart umkämpften Rennen nachwievor ein finanzielles Übergewicht von mehr als 2 zu 1 gegenüber ihren Herausforderern haben. Selbst in den 12 Wahlkämpfen, wo kein amtierender Politiker zu Wiederwahl ansteht, können Demokraten nur in 5 von 12 Fällen ein Plus an finanziellen Reserven vorweisen.[5] Ob Geld bzw. zusätzliche Werbemaßnahmen allein ausreichen, um Wähler umzustimmen bzw. die Parteibasis zum Wählen zu motivieren, bleibt ungewiss. In Connecticut hat die Republikanische Abgeordnete Nancy Johnson bisher insgesamt \$3,5 Millionen für ihre Wiederwahl ausgegeben, ihr Demokratischer Herausforderer hingegen in seinem Wahlkampf bisher

nur \$1,5 Millionen. Trotz dieses gravierenden Unterschieds gibt es laut dem *Cook Political Report* keinen Favoriten in diesem Rennen.[6]

Trotzdem bleibt das Thema Wahlkampfkosten für die Demokraten eine schwierige Herausforderung: sie haben nicht genug Geld, um die Gelegenheit zu nutzen und ihren Wahlkampf auf weitere Ebenen auszuweiten. Demokratische Parteifunktionäre sind nach dem Ergebnis von ihnen in Auftrag gegebener Umfragen überzeugt, daß 40 oder mehr zusätzliche Sitze gewonnen werden könnten, falls genug Geld zur Verfügung stehen würde, um zB. Fernsehwerbung zu finanzieren. Demokratische Wahlkampfstrategen wie James Carville und Stan Greenberg versuchen

deshalb jetzt, Parteifunktionäre davon zu überzeugen, sich zu verschulden, um in bis zu 50 von Republikanern gehaltenen Wahlbezirken gezielt zu werben. Der Vorsitzende des Democratic Congressional Campaign Committee, Rahm Emanuel, glaubt ebenfalls, daß mittlerweile bis zu 58 zusätzliche Sitze auf dem Spiel stehen.[7] Am Mittwochabend kündigte dann auch ein hochrangiger Parteifunktionär an, daß das Democratic National Committee sich \$10 Millionen leihen werde, um einerseits afro- und lateinamerikanische Wähler zur Wahl zu animieren und andererseits die Senatswahlkämpfe in Virginia und New Jersey zu unterstützen.[8]

Be afraid, be very afraid ... of Speaker Pelosi!

In der vergangenen Woche verteidigte Democratic National Committee Vorsitzender Howard Dean seine Partei auch weiterhin gegen Beschuldigungen seitens der Republikaner, die Steuern anheben zu wollen. Man hätte kein Interesse an einer höheren Besteuerung der Mittelklasse, stattdessen würde man den Mindeststundenlohn anheben und nicht die Partei der Steuerkürzungen für Versicherungen und Ölfirmen sein. Sein Republikanischer Kontrahent, RNC Vorsitzender Ken Mehlman, erwiderte jedoch, daß der hochrangige Demokratische Abgeordnete Charles B. Rangel gesagt habe, daß Bushs Steuerkürzungen durchaus änderungs-

bedürftig seien. Im Falle eines Wahlsieges der Demokraten würde Rangel Vorsitzender des Ways and Means Committee werden und damit Gesetzesinitiativen in diesem Bereich blockieren oder forcieren können. Auch hätte Nancy Pelosi, die Sprecherin des Abgeordnetenhauses werden würde, in der Vergangenheit pauschal Steuererhöhungen für alle Einkommensgruppen bevorzugt, so Mehlman.[9]

Laut Republikanischen Wahlstrategen war es bisher Roves Strategie, statt einer Wahl mit nationalen Themen, die Präsident Bushs Erfolge unterstreichen sollen, die Zwischenwahl in eine Abstimmung zwischen den jeweiligen lokalen Republikanischen und Demokratischen Kandidaten zu verwandeln. Es wird jedoch immer klare, daß die Zwischenwahlen sich mehr und mehr in ein Referendum

über Präsident Bushs Führung entwickeln und Rove damit vielleicht zum Sündenbock für eine Niederlage werden kann.[10] Andererseits versucht Präsident Bush dieses potentielle Referendum über seine Regierungsführung in ein Referendum über Wirtschaftswachstum mit niedrigeren Steuern und Nationale Sicherheit umzuwandeln.[11]

Auch verkündete Rove in der letzten Woche, daß die Republikaner immer erfolgreicher die Unterschiede zwischen sich und den Demokraten insbesondere im Bereich der Nationalen Sicherheit betonen würden. Er äusserte sich zuversichtlich, daß man die Mehrheit in beiden Häusern verteidigen werde und die Wähler auf nationaler Ebene durchaus zwischen einem Abgeordneten aus

Be afraid, be very afraid ... of Speaker Pelosi!

aus Florida und ihrem Abgeordneten unterscheiden würden.[12]

Dick Morris und Eileen McGann widersprachen diesem Optimismus jedoch: in Bezug auf eine Gallup Umfrage zwischen dem 6. und 8. Oktober schreiben die beiden Kommentatoren und Berater, daß die Zahl der weissen Kirchgänger, die vorhatten für die Republikaner zu stimmen, innerhalb eines Monats von 58 auf 47 Prozent gefallen ist. Damit haben die Republikaner ihren Vorsprung in dieser Kerngruppe ihrer Parteibasis durch den Foley Skandal verloren.[13]

Vertreter konservativer religiöser Organisationen, wie zum Beispiel Tom McClusky vom Family Research Council, sagen, daß Präsident Bushs Aufruf zu den Wahlen zu kommen, da man das "kleinere Übel" sei, auf wenig Resonanz bei konservativen Wählern stosse. Ein hochrangiger Republikanischer Meinungsforscher bezeichnet diese Bevölkerungsgruppe laut der *Washington Times* nun schon als "lethargic Republicans," die mit dem Präsidenten unzufrieden und mit dem Kongress noch weniger glücklich sind.[14]

Derweilen führt Präsident Bush seine Kampagne konsequent mit den klassischen Themen fort: die Demokraten liegen, sowohl hinsichtlich des Terrorismus als auch im Bereich der Steuern, falsch. Diese beiden Thesen beherrschten seine bisher neun Ansprachen im Oktober, wobei der Präsident vor den Zwischenwahlen noch zwanzig weitere halten könnte, was allerdings von den meisten Beobachtern bezweifelt wird.[15]

In den Ansprachen von Vizepräsident Dick Cheney dominierten ebenfalls die

Themen Wirtschaft und Nationale Sicherheit, wobei die Betonung auf den prognostizierten Konsequenzen für diese beiden Politikbereiche bei einer Republikanischen Niederlage in den Zwischenwahlen liegt.

Laut der *New York Times* hält der Vizepräsident zudem mit Vorliebe solche Ansprachen in Regionen, die von den landesweiten Medien ignoriert werden und wo die Beachtung in der lokalen Presse dementsprechend groß ist.[16]

The *New York Times* berichtete auch, daß im letzten Monat ein kaum bekanntgewordenes Treffen zwischen prominenten konservativen Moderatoren von Radio-Talk Shows und dem Präsidenten stattgefunden hat. Dieser sprach über den Irakkrieg, seine Einwanderungsgesetzesvorschläge, aber auch über die Persönlichkeit seines schottischen Terriers Barney mit ihnen.

Laut der *Times* war das Treffen Teil einer intensiven Anstrengung, die Republikanische Parteibasis zum Wahlgang zu motivieren, welche in diesem Jahr höchstwahrscheinlich nicht mehr im Gleichschritt zur Urne gehen wird.

Republikanische Wahlstrategen stünden nun vor der Herausforderung, die kritischen Moderatoren zu überzeugen, ihre Zuhörer zum Wählen zu bringen, ohne sie dabei vor den Kopf zu stoßen.

Der Vorsitzende des Republican National Committees Ken Mehlman unterstützt dieses Vorhaben intensiv: innerhalb von drei Tagen wurde er 20 mal in Missouri, Tennessee und Ohio interviewt und warb für die Republikanischen Positionen von Steuerkürzungen und rigoroser Terrorismusbekämpfung.[17]

Am Mittwoch unterzeichnete Präsident Bush dann das Gesetz zur Behandlung von "enemy combatants" und nutzte die Gelegenheit, um zu betonen, wie die jetzt im Gesetz fixierten Verhörmethoden in der Vergangenheit wertvolle Informationen gebracht und damit weitere Terrorattaken verhindert hätten.

Damit wollte er zweifellos die Aufmerksamkeit der Wähler weg von den Skandalen und wieder auf ein den Republikanern nützlich Thema lenken, die das Gesetz auch prompt in ihren Attacken gegen die Demokraten verwendeten.[18] Am Abend griff Präsident Bush dann die Demokraten selbst indirekt an, als er in einem Interview mit dem Sender Fox den Widerstand der Demokraten gegen die Unterzeichnung des Gesetzes zur Behandlung von "enemy combatants" hervorhob und sagte, daß diese das den amerikanischen Wählern erklären müssten.[19]

Das Republican National Committee begann das vergangene Wochenende Fernsehwerbung zu schalten, welche das Thema drastisch auf einen Punkt bring: der Spot zeigt Osama bin Laden und andere Al Qaeda Mitglieder und zitiert seine Drohungen gegen die USA aus dem Jahre 1998. Der Spot endet mit der Feststellung, daß dies auf dem Spiel stünde und mit der Forderung am 7. November wählen zu gehen.[20]

Republican GOTV delusion or steadfast optimism?

Emails Laut Meinungsumfragen ist die Absicht wählen zu gehen unter den Demokraten wesentlich verbreiteter als unter Republikanern. Dieser Trend sowie die Intensität der Parteipräferenzen wird sich höchstwahrscheinlich in reellen Stimmen ausdrücken. Republikanische Wahlstrategen hoffen diesen Vorsprung mit ihrer Wahlbeteiligungsmaschinerie (get out the vote effort - GOTV effort) auszugleichen. In den vergangenen zwei Wahlgängen konnten die Republikaner ihre potenziellen Wähler dank der Auswertung von Umfrageergebnissen, öffentlich frei zugängliche Informationen und Verbraucherdaten früh identifizieren und damit fast jeden realistisch möglichen Wähler an die Wahlurnen

bringen. Am letzten Wochenende zum Beispiel kontaktierten Freiwillige rund 100.000 sorgfältig ausgesuchte potenzielle Republikanische Wähler in allen 88 Bezirken Ohios und weitere 50.000 wurden persönlich von Freiwilligen zu Hause aufgesucht.[21] Vielleicht beruht Präsident Bushs und Karl Roves ausgeprägter Optimismus, daß man höchstens 8 bis 10 Sitze im Abgeordnetenhaus verlieren und den Senat ebenfalls halten werde, auf ihrem Vertrauen in gerade diese Datenbanken und die professionelle Überlegenheit ihrer Wahlbeteiligungsmaschinerie. [22] Besonders in knappen Kopf-an-Kopf-Rennen kann genau darin der Unterschied zwischen Sieg und Niederlage für die Republikaner liegen.[23]

Jedoch sind sie mit dieser Sicht in der Minderheit. Selbst Republikanische Wahlstrategen gestehen den Verlust der Mehrheit im Abgeordnetenhaus ein und sind zum Teil verärgert, daß es scheinbar keine Bestrebungen gibt, sich auf das Ende der Kontrolle über beide Häuser vorzubereiten. Angesichts der Gefahr von Untersuchungsausschüssen und Stillstand, könnte sich der Mangel an Beziehungen zwischen dem Weissen Haus und Kongress noch weiter negativ auswirken, da neben den Demokraten nun vielleicht auch die Republikaner dem Präsidenten nicht mehr so treu sein werden wie zuvor, so meint zumindest ein ungenannter informeller Berater des Weissen Hauses.[24]

Dems - New Battlegrounds & Constituencies '08?

Einige Kommentatoren prognostizieren mittlerweile, daß mit einer zunehmenden Zahl von unabhängigen Wählern die Demokraten die Chance haben, die Koalition von weissen Arbeitnehmern, evangelischen Protestanten, weissen Südstaatlern und dem Dachverband der U.S. Handelskammern zu brechen – allesamt Bevölkerungsschichten und Lobbygruppen, die seit Ronald Reagan mehrheitlich für die Republikaner gestimmt bzw. gespendet haben.[25] Auch würden die Demokraten versuchen in "neue" geographische Regionen vorzudringen: zum Beispiel in den Westen der USA, wo sechs erfolgversprechende Abgeordnetenhauswahlkämpfe laufen und die Senatswahl in Montana ebenfalls aussichtsreich

zu sein scheint. Die vier Bundesstaaten Arizona, Colorado, New Mexico und Nevada sind hier von besonderem Interesse, da sie starkes Bevölkerungswachstum vorweisen und in der nahen Vergangenheit den Demokraten ideologisch näher gekommen sind. Howard Deans Vorhaben ist es, mit den 29 Delegierten der vier Bundesstaaten den langfristigen Verlust von Floridas 27 Stimmen für die Präsidentenwahlen wettzumachen, nachdem in den letzten zwei Wahlen Florida an die Republikaner gefallen war.[26] Andere Kommentatoren merken an, daß Frauen vermehrt wichtige Positionen einnehmen und immer wichtiger als Wählerschaft werden. Während die Demokraten 15 zusätzliche Sitze im Abgeordnetenhaus erringen müssen, um die Mehrheit zu erlangen, stehen in 17 heiss umkämpften Wahlbezirken Frauen zur Wahl an.

Auch richten sich die Anstrengungen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung verstärkt an Frauen, insbesondere an die "drop off" Wählerinnen unter ihnen, die zu Präsidentschaftswahlen an die Wahlurnen gehen, aber zu den Zwischenwahlen nicht. Daß ein mögliches Resultat dieser Wahl die erstmalige Ernennung einer Frau (Nancy Pelosi) zur Sprecherin des Abgeordnetenhauses sein kann, unterstreicht diese Entwicklung nur, so zumindest David Broder von der *Washington Post*. [27] Auch im Senat spielen weibliche Kandidaten eine immer grössere Rolle. Nachdem in diesem Kongress bereits eine Rekordzahl von 14 Frauen im Senat vertreten ist (neun Demokratinnen und fünf Republikanerinnen), könnte es nach den Zwischenwahlen zwei weitere weibliche Repräsentanten im Senat geben.[28]

Iraq - Republicans considering to “cut and run”?

Die Baker-Kommission, die von Präsident Bush damit beauftragt wurde, alternative Lösungsvorschläge zum Irakkrieg zu erörtern, hat vor, im nächsten Jahr schwerwiegende Änderungsvorschläge zur gegenwärtigen Politik vorzulegen. Die Vorschläge, die momentan zur internen Diskussion anstehen, beinhalten einen Plan zum schrittweisen Rückzug der U.S. Truppen aus dem Irak und zur Einbindung der beiden Nachbarländer Syrien und Iran in den Versuch, den Bürgerkrieg zu unterbinden.[29]

Die Bekanntmachung dieser neuen Ansätze kommt, nachdem vorige Woche eine im *Lancet* veröffentlichte Studie die Zahl der irakischen (Bürger) Kriegesopfer auf 650.000 bezifferte. Die Studie, die von den renommierten amerikanischen Universitäten Johns Hopkins und Massachusetts Institute of Technology sowie der irakischen Al

Mustansiriya Universität durchgeführt wurde, ermittelte, daß davon 31 Prozent den Kampfhandlungen der Amerikaner und Alliierten beim Sturz Saddam Husseins zum Opfer fielen, während 69 Prozent im darauffolgenden Bürgerkrieg ihr Leben verloren. Vor wenigen Wochen noch bezifferte Präsident Bush die Zahl der Opfer auf nur 30.000, während das irakische Gesundheitsministerium die Zahl auf 150.000 schätzt.[30]

Immer mehr hochrangige Republikaner distanzieren sich nun auch von der bisherigen Politik Präsident Bushs. Der republikanische Senator Chuck Hagel unterstützt nun die Position seines Kollegen und Vorsitzenden des Senat Armed Services Committee, John Warner. Beide sprachen sich für einen Strategiewechsel aus, falls die Iraker es innerhalb der nächsten Monate nicht schaffen, daß Chaos unter Kontrolle zu

bringen.[31] Am Mittwochabend verkündete Präsident Bush allerdings dem Wähler klipp und klar, daß die Amerikaner sich nicht zurückziehen werden.[32]

In Umfragen jedoch sehen immer mehr Wähler die Erfolgsaussichten im Irak pessimistisch. Im Juni noch war die Nation relativ gleichmäßig in zwei Lager von 44 zu 45 Prozent gespalten, während jetzt im Oktober 68% der Befragten sagten, daß sie weniger optimistisch wären und nur 20 Prozent eine sich verbessernde Entwicklung beobachteten.[33] Am Donnerstag dann verkündete der Sprecher der amerikanischen Truppen im Irak, Maj. Gen. William Caldwell, daß eine zweimonatige Offensive gegen die Aufständischen in Bagdad nur zu noch mehr Blutvergiessen und den höchsten amerikanischen Verlusten seit der Schlacht um Fallujah 2004 geführt hat. [34]

2008 Baywatch: Obama wieder gesichtet

Nachdem die vorletzte Woche von Warners Beschluss, 2008 nicht für das Präsidentenamt zu kandidieren, dominiert und Evan Bayh von den meisten Kommentatoren als der Hauptnutznießer dieser Entscheidung genannt wurde, mehrten sich in der vergangenen Woche wieder die Reportagen zu einer Kandidatur Barack Obamas.[35] Zwar hätte dieser noch keine Entscheidung getroffen, was seine Kandidatur angehe, jedoch würde er emsig die Auswirkungen einer solchen auf sein Familienleben erörtern, so Al Gores ehemalige Wahlkampfmanagerin Donna Brazile. [36] Mittlerweile ruft sogar ein konservativer Kommentator Obama auf zu kandidieren – um zu gewinnen oder

aber von einem anderen demokratischen Kandidaten in den Vorwahlen besiegt zu werden. Obamas Verbleiben im Hintergrund würde die Demokraten nur demoralisieren, so David Brooks von der *New York Times*. [37]

In Meinungsumfragen in New Hampshire, einem Bundesstaat, in dem die Vorwahlen bereits sehr früh stattfinden und wo damit Kandidaten einen deutlichen An Schub bekommen können, liegt Rudy Giuliani unter den republikanischen Kandidaten vorn. Die New Hampshire Universität berechnete einen “net popularity” Wert aus der Differenz zwischen dem Präferenz- und Ablehnungswert eines Kandidaten. Während John McCain mit 32 Prozent der Stimmen zwar der beliebteste

unter den Befragten in New Hampshire war, war er mit 19 Prozent aber gleichzeitig auch der am wenigsten gewünschte Kandidat. Rudolph Giuliani schnitt mit einem Beliebtheitswert von 19 Prozent und nur 4 Prozent “Gegenstimmen” bei dieser Berechnungsmethode besser ab.[38]

Ein potenzieller Kandidat für das Präsidentenamt seitens der Republikaner ist nun vielleicht sogar Newt Gingrich wieder geworden. Laut dem *U.S. News & World Report* würden hochrangige Anhänger von Präsident Bush der Meinung sein, daß der ehemalige

2008 Baywatch: Obama wieder gesichtet

Sprecher des Abgeordnetenhauses ein großartiger Kandidat sei, der nicht nur Visionen hat, sondern auch ein Konservativer von Reagans Schlag wäre. Seine eheliche Untreue könnte mittlerweile weniger von Interesse für die Wähler sein, insbesondere im Falle einer Demokratischen Kandidatur Hillary Clintons, die solche Themen wahrscheinlich meiden möchte.[39]

Bill Clinton hat in den vergangenen Wochen mehrfach die Gelegenheit ergriffen, um Demokratischen Kandidaten nicht nur mit seiner Präsenz bei Fundraisern zu helfen, sondern auch anstelle seiner Frau die "Wahltrommel" für ihre mögliche

Kandidatur zu schlagen. Sich dieser Tatsache durchaus bewusst, scherzte der ehemalige Präsident, daß die Kandidaten so verzweifelt nach Rednern mit Wiedererkennungswert suchten, die nicht selbst potenzielle Präsidentschaftskandidaten seien, daß sie auf den "vorsitzenden Sozialarbeiter des junior senators von New York" (nämlich ihn) zurückgreifen müssten.[40]

Die Senatorin Hillary Clinton hat innerhalb der letzten drei Jahre das Land mehrfach bereist, jedoch um Iowa und New Hampshire einen großen Bogen gemacht. Laut *New York Times* ist dies ein stillschweigendes Eingeständnis, daß jegliches Interesse an diesen Staaten

eine Flut von Vermutungen zur Kandidatur Clintons heraufbeschwören und einem offiziellen Bekenntnis ihrerseits gleichgesetzt werden würde. Einigen Kommentatoren zufolge war ihr politisches Kapital in Iowa unter anderem deshalb am Sinken, da andere Kandidaten dort bereits potenzielle Geldgeber zusammentrommelten, so der ehemalige Democratic National Committee Vorsitzende Terry McAuliffe. [41] Auch waren die Demokraten in Iowa wenig begeistert von Clintons lang anhaltender Unterstützung des Irakkriegs, insbesondere nachdem einige ihrer Demokratischen Kollegen ihrer seinerzeitigen Entscheidung für den Krieg wieder abschwören.[42]

Scandals galore - Curt Weldon in Pennsylvania

Just wenn es so aussieht, als ob man alle möglichen Skandale ausgeschöpft hätte, bringt eine FBI Untersuchung Licht in die Machenschaften des Republikanischen Abgeordneten Curt Weldon aus Pennsylvania. Von 2002 bis 2004 hatte Weldon zwei russischen Firmen und zwei dem Milosevich-Regime nahestehenden serbischen Brüdern geholfen, die offiziell die

Firma seiner Tochter als Consulter angeheuert hatten. Diese Firma wurde zwar gemeinsam von ihr und einem alten Familienfreund geleitet, jedoch war Karen Weldon selbst zum Zeitpunkt des Consultingauftrages von einer Million Dollar pro Jahr gerade einmal 28 Jahre alt und besaß keine nennenswerte Erfahrung in diesem Metier, so McClatchy Newspapers.[43] Weldon

befand sich bereits vor dem Skandal in seinem schärfsten Wahlkampf seit Jahren, jetzt scheint sein Abgeordnetensitz eine neue "October surprise", allerdings für die Demokraten, geworden zu sein, so Wolf Blitzer vom Sender CNN. Währenddessen versucht Weldon von sich abzulenken und beschuldigt die Demokraten, die Informationen über die Untersuchungen der Presse zugespielt zu haben.[44]

Fußnoten

[1] Cummings, *Wall Street Journal*, October 14, 2006.

[2] Associated Press, October 17, 2006.

[3] Lawrence, *USA Today*, October 17, 2006.

[4] Whittington, *Roll Call*, October 17, 2006.

[5] Birnbaum and Goldfarb, *Washington Post*, October 17, 2006.

[6] Cummings, *Wall Street Journal*, October 18, 2006.

[7] VandeHei, *Washington Post*, October 18, 2006.

[8] Lambro, *Washington Times*, October 19, 2006.

[9] Dean on CNN's Late Edition, October 15, 2006, Mehlman, CNN's Late Edition, October 15, 2006 and Feldman, *Christian Science Monitor*, October 18, 2006.

[10] White House Bulletin, October 16, 2006.

[11] Stephanopoulos, ABC World News, October 18, 2006 and O'Reilly, CNN's The O'Reilly Factor, October 18, 2006.

[12] Curl, *Washington Times*, October 18, 2006.

[13] Morris and Megann, *The Hill*, October 17, 2006.

[14] Hallow, *Washington Times*, October 18, 2006.

[15] Jackson, *USA Today*, October 17, 2006 and Luce and Daniel, *Financial Times*, October 19, 2006.

[16] Liebovich, *New York Times*, October 17, 2006.

[17] Rutenberg, *New York Times*, October 17, 2006.

[18] Schmitt and Barnes, *Los Angeles Times*, October 18, 2006,

[19] Stolberg, *New York Times*, October 18, 2006 and Dinan, *Washington Times*, October 18, 2006.

[20] O'Reilly, Fox News' The O'Reilly Factor, October 17, 2006.

[21] Kuhnenn, Associated Press, October 20, 2006.

[22] Toner, *New York Times*, October 15, 2006 and Sidoti, Associated Press, October 15, 2006.

[23] Abramowitz, *Washington Post*, October 15, 2006.

[24] Borger, CBS Evening News, October 17, 2006.

[25] Walsh, *U.S. News and World Report*, October 14, 2006.

[26] Kirkpatrick, *New York Times*, October 15, 2006.

[27] Walsh, *U.S. News and World Report*, October 23, 2006.

[28] Broder, *Washington Post*, October 15, 2006.

[29] Nichols, *USA Today*, October 16, 2006.

[30] McManus, *Los Angeles Times*, October 16, 2006.

[31] *Newsweek*, October 23, 2006.

[32] Seigenthaler, NBC Nightly News, October 15, 2006 and Pickler, Associated Press, October 15, 2006

[33] Stephanopoulos, ABC World News, October 18, 2006.

[34] Russert, NBC Nightly News, October 18, 2006.

[35] Williams, NBC Nightly News, October 19, 2006 and Couric, CBS Evening News, October 19, 2006.

[36] Groppe, *Indianapolis Star*, October 15, 2006, Beaumont, *Des Moines Register*, October 15, 2006, Darman, *Newsweek*, October 23, 2006 and Klein, *Time*, October 23, 2006.

[37] Zuckman, *Chicago Tribune*, October 18, 2006.

[38] Brooks, *New York Times*, October 19, 2006.

[39] DiStaso, (New Hampshire) *Union Leader*, October 15, 2006.

[40] Bedard, *U.S. News and World Report*, October 23, 2006.

[41] Pfeiffer, *Washington Times*, October 16, 2006.

[42] Kornblut, *New York Times*, October 17, 2006.

[43] Balz, *Washington Post*, October 16, 2006.

[44] Gordon, McClatchy Newspapers, October 14, 2006.

[45] Williams, NBC Nightly News, October 16, 2006 and Blitzer, CNN's Situation Room, October 16, 2006.